

# Pressemitteilung

Nr. 013 | 02.11. 2011

**Thema:** Ethik-Unterricht/ Koalitionsverhandlungen/ SPD/ CDU

## SPD darf gemeinsamen Ethik-Unterricht nicht opfern

SPD und CDU verhandeln am Freitag über den gemeinsamen Ethik-Unterricht. Dazu erklärt die Abgeordnete **Regina Kittler**:

Berlin droht eine weitere Rolle rückwärts. Laut Medienberichten will die CDU den gemeinsamen Ethik-Unterricht abschaffen und durchsetzen, dass Schüler künftig zwischen Ethik und Religion wählen müssen.

Dies darf die SPD nicht hinnehmen. In Berlin können bereits alle, die es wollen, freiwillig den Religionsunterricht besuchen. Für ein Wahlpflichtfach im Sinne der CDU den gemeinsamen Ethik-Unterricht zu opfern, hieße, den Volksentscheid von 2009 zu hintertreiben. Da wurde der Absicht des Vereins „Pro Reli“ eine eindeutige Absage erteilt.

Die Berlinerinnen und Berliner stehen mehrheitlich für einen verbindlichen gemeinsamen Ethik-Unterricht von der 7. bis zur 10. Klasse und die Möglichkeit, zusätzlich freiwillig Religions- oder Weltanschauungsunterricht zu wählen. Das entspricht der ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt Berlins und leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Toleranz, Akzeptanz und ein friedliches Miteinander in der Stadt.

Die Linksfraktion steht weiter zum gemeinsamen Ethik-Unterricht. Das 2006 eingeführte Fach ist nicht zuletzt durch das hohe Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer bereits ein Erfolgsmodell.

Wir erwarten, dass die SPD die bestehende Lösung im Koalitionsvertrag mit der CDU verankert.